L-01-139-2 Alle nach ihrer Fasson – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 139 bis 147:
Wir wollen eine inklusive Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln. Es ist Aufgabe der Politik, strukturelle und materielle Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche gleichberechtigte Teilhabe verhindern. Diese Politik umfasst u.a. Wahlrecht, Wohnen und den Zugang zum Arbeitsmarkt:

~~Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle anderen auch. Das ist ein großer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir wollen in diesem Sinne eine inklusive Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln: unabhängig davon, woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und wie lange sie schon hier leben. Alle Berliner*innen sind #vonhier.~~

1. Wahlrecht: Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle anderen auch. Das ist ein großer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits vorangegangen. Ein weiterer Schritt muss endlich das Wahlrecht für alle auf der kommunalen und auf der Landesebene sein. Denn unabhängig davon, woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und wie lange sie schon hier leben. Alle Berliner*innen sind #vonhier und haben das Recht auf politische Mitbestimmung.

Begründung

Dieser Absatz war diffus und unstrukturiert.